

# Zeit Zeichen

NUMMER 1 | MÄRZ 2020 | Magazin der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich | 65. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17 €

Mit  
Regionalteil:  
Steiermark  
und Wien

## Arbeiterbewegung von rechts?

Rechtspopulismus in der Arbeitswelt

FOTO: A.DREHER\_PIXELIO.DE



### Wenn Solidarität teilbar wird

Wie Rechtsextreme versuchen, Arbeitnehmer\*innen zu vereinnahmen **Seite 8**

### Umkämpfte Solidaritäten

Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft **Seite 9**

### Banghi muss nicht Banghi bleiben

Über den Widerstand indischer Dalits **Seite 12**

## EDITORIAL

### ZUR PERSON

**Elisabeth Ohnemus** ist Germanistin, Theologin und diplomierte Sozialarbeiterin. Sie ist derzeit tätig als Pressereferentin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, als freie Journalistin und in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt „politische Bildung“. **FOTO: P. SCHREIBER**



*Arbeiter\*innenbewegung von rechts? Um die Frage, welche Rolle Rechtspopulismus oder gar Rechtsextremismus in der Arbeitswelt spielen, geht es in dieser Ausgabe von ZeitZeichen. Beobachtungen, Wahrnehmungen, Anmerkungen und Analysen dazu kommen aus Wissenschaft und Praxis - vom deutschen Soziologen Klaus Dörre (S. 4 ff), von der Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl (S. 8) und der Soziologin Ulrike Papouschek (S. 9) aus Wien, von der KABÖ-Bundesvorsitzenden Anna Wall-Strasser (S. 3) und dem oberösterreichischen Betriebsseelsorger Hubert Gratzer (S. 10). Das Schwerpunktheft 1/2020 bildet den Auftakt einer Serie von Themenheften zu diversen aktuellen Fragestellungen, denen sich ZeitZeichen im Jahr 2020 widmen wird. Weiterer Fixpunkt in diesem Jahr: eine Kommentarreihe des Wiener Arbeits- und Sozialrechtlers Martin Risak, in dieser Ausgabe mit einer Analyse des Regierungsprogramms. Außerdem: Berichte aus der KAB Steiermark (S. 18 f), vom Frauenstudientag der KABÖ (S. 14 f), von den Aktivitäten des KAB-Solifonds (S. 16 f) und dem Engagement eines indischen Menschenrechtsaktivisten für Arbeitnehmer\*innen aus der Kaste der „Unberührbaren“ (S. 12 f). Und: wir verabschieden die langjährige KABÖ-Bürosekretärin Monika Schwarz und heißen die neue KABÖ-Generalsekretärin Gabriele Kienesberger willkommen.*

*Liebe Leser\*innen, wenn Sie dieses Heft in Händen halten, hat sich Wesentliches in unserer Gesellschaft verändert – und das ist zwischen Heftfertigstellung und -auslieferung passiert: Corona fordert uns heraus, und die Solidarität der KAB mit den Menschen in der Sozialwirtschaft, die zum Ende dieses editorials hätte erklärt werden sollen, nimmt nun ganz neue Dimen-*

*sionen an: die KAB erklärt ihre Solidarität mit allen Beschäftigten, die in dieser Zeit teilweise unter Einsatz der eigenen Gesundheit und unter Hintanstellung privater Sorgepflichten dafür arbeiten, dass die existentiellen Bedürfnisse aller gedeckt werden können. Die KAB dankt den Pfleger\*innen in Heimen und Krankenhäusern, dem gesamten Personal im Gesundheitswesen, in der Reinigung und der Müllentsorgung, den Handelsangestellten, Kinderbetreuer\*innen, Handwerker\*innen und Angestellten im Energiesektor und öffentlichen Verkehr. Wir lernen neu den Wert dieser Arbeit kennen – und das muss und wird sich „nach der Krise“ in Zahlen (sowohl was die Ausstattung des öffentlichen Sektors mit Infrastruktur und Personal als auch die Entlohnung dieses Personals betrifft) und einem grundlegend gewandelten Verständnis von Arbeit wie Wirtschaft ausdrücken. Dafür wird sich die KAB gemeinsam mit den Betroffenen stark machen.*

**PS.: „Mind the gap“ ist auch der Titel eines sehenswerten Films nach Robert Schabus**

[http://linz.medienverleih.at/fileadmin/user\\_upload/pdf/Dioezese\\_Linz\\_Corona\\_Online-Portal\\_Freischaltung.pdf](http://linz.medienverleih.at/fileadmin/user_upload/pdf/Dioezese_Linz_Corona_Online-Portal_Freischaltung.pdf)



## Personalia

**M**it 31.12.2019 ist KABÖ-Bürosekretärin Monika Schwarz in Pension gegangen. Sie war seit 2006 für die KABÖ tätig, die freundliche Stimme am Telefon und u.a. für die Verwaltung des Solidaritätsfonds sowie des Magazins ZeitZeichen verantwortlich. Vom KABÖ-Vorstand (auf dem Foto: Reinhold Grausam und Anna Wall-Strasser mit Monika Schwarz) wurde Monika Schwarz im Namen der KABÖ für Ihre langjährige Tätigkeit bedankt und in den Ruhestand verabschiedet. **FOTO: GABRIELE KIENESBERGER**

## KOMMENTAR

### ZUR PERSON

**Anna Wall-Strasser**, Theologin, Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich menschen- und arbeitsrechtliche Arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich. **FOTO:** JAKOB LEHNER



## Umfassende Solidarität in Zeiten umfassender Krisen

*Eine Zeitung soll gerade in Druck gehen – und dann ist plötzlich alles anders. Österreich, Europa, ja die ganze Welt befindet sich derzeit in einem Ausnahmezustand. Was das Corona-Virus für die Menschen bedeutet, können wir heute noch gar nicht abschätzen. Sicher ist aber: es wird in den nächsten Zeiten ganz viel Solidarität brauchen – von der Hilfe in der Nachbarschaft bis zur organisierten Solidarität im Sozialstaat. „Wenn jemand fällt dann helfen wir ihm auf“ – dieses schlichte solidarische Motto wird sowohl konkrete menschliche Hilfsbereitschaft als auch kluge soziale und wirtschaftliche Planung erfordern. Christliche Solidarität geht von der Gleichheit aller Menschen aus, und von der Bereitschaft, nach den jeweiligen Fähigkeiten zu geben und den jeweiligen Bedürfnissen zu nehmen. Wer mehr hat, kann und muss mehr geben.*

*Der Begriff der Solidarität ist in der letzten Zeit allerdings auch zum Kampfbegriff rechter Bewegungen geworden. „Wir für uns, unser Land, unsere Leut‘...“ negiert die weltweite Verbundenheit und Verantwortung füreinander. Die Spaltung der Gesellschaft in Gewinner\*innen und Verlierer\*innen der neoliberalen Wirtschaftsweise zeigt ihre Wirkung.*

*Wer sich auf der berüchtigten Rolltreppe nach unten befindet braucht alle Lebensenergie, um nicht abzusacken in ein prekäres Leben. Da ist dann schnell von allem, was ein gutes Leben braucht, endgültig zu wenig da – und darunter leiden dann nicht nur die betroffenen Erwachsenen, sondern vor allem auch deren Kinder nachhaltig. Menschen die sich abgehängt fühlen pfeifen auf eine Mehrheitsgesellschaft, die ihre*

*Probleme ignoriert. Das Vertrauen in die Politik, in die bisherigen Parteien, bricht weg. Die Folge ist eine ernsthafte Krise, ja Gefährdung der Demokratie. Immer mehr Menschen gehen nicht mehr wählen. Und sie werden heftig von jenen politischen Kräften umgarnt, die sehr einfache Erklärungen für ihre Misere haben. Schuld sind dann die Ausländer\*innen, oder die EU, oder alle die eh nicht arbeiten wollen und nur unsere Sozialleistungen abzocken wollen...*

*„Mind the gap“: Damit wird geschickt von den wahren Ursachen abgelenkt – von der eklatant wachsenden Ungleichheit, der Privatisierung des Reichtums, während öffentliche Einrichtungen und Infrastruktur zurückgefahren werden. Verdeckt wird damit die Tatsache, dass sich die großen Gewinner\*innen der kapitalistischen Wirtschaftsweise um eine gerechte Besteuerung drücken. Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien basiert vielfach auf einer großen Frustration von Menschen, die sich verletzlich fühlen und (oft begründete) Angst haben vor sozialem Abstieg. Eine zerrissene Gesellschaft ist daher hoch anfällig für autoritäre Machthaber\*innen, für die Zerstörung der Demokratie. „Mind the gap“! – Achten wir also auf den Spalt, die Spaltung in unserer Gesellschaft, damit wir nicht alle gemeinsam reinfallen.*

***Sicherheit für alle:** Gerade jetzt in der hochsensiblen Zeit umfassender Krisen braucht es Konzepte umfassender Solidarität, um ALLEN Menschen zu signalisieren: Wir sorgen als Gesellschaft für ein Mindestmaß an Sicherheit. Wir verteilen die Lasten und die Gewinne gerecht. Und: Es ist genug für alle da!*

**S**eit Jänner 2020 ist Gabriele Kienesberger mit 10 Wochenstunden als Generalsekretärin der KABÖ angestellt. Mit der Koordination der KABÖ betraut, gehört sie auch dem Redaktionsteam von ZeitZeichen an und "schupft" das Büro in der Spiegelgasse. Ihr Herzensanliegen ist nach wie vor der freie Sonntag #meinSonntag! Der Vorstand der KABÖ heißt Gabriele Kienesberger herzlich willkommen und wünscht ihr alles Gute für die (neue) Aufgabe!

**FOTO:** MARTIN GSELLMANN



# Arbeiter\*innenbewegung von rechts?

## Überlegungen anlässlich des 100. Jahrestages der ILO

Im vergangenen Herbst haben der Verein Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) und der entwicklungs- politische Verein im Österreichischen Gewerkschaftsbund, „weltumspannend arbeiten“ im Museum Arbeitswelt in Steyr zu einer Veranstaltung anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geladen. Mit dabei: Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und geschäftsführender Direktor des Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“ der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG). Zu Dörres Arbeitsschwerpunkten gehört neben Kapitalismustheorie, Digitalisierung u.a. der Rechtspopulismus. Anknüpfend an seinen Beitrag in Oberösterreich geht der Soziologe im folgenden Artikel für „ZeitZeichen“ der Frage nach, inwieweit man heute, 100 Jahre nach der Gründung der ILO, von einer „Arbeiter\*innenbewegung von rechts“ sprechen kann. VON: KLAUS DÖRRE

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Mit diesem Satz endet das „Manifest der Kommunistischen Partei“, das die Arbeiter\*innenbewegung als genuin internationalistische Kraft verstanden wissen will. In der Realität ist der proletarische Internationalismus immer wieder durch nationalistische Aufwallungen in den subalternen Klassen infrage gestellt worden. Vom nationalen Taumel vor Beginn des ersten Weltkriegs zieht sich ein roter Faden bis hin zu jenen Teilen der Arbeiter\*innenschaft, die mit NS und Faschismus sympathisierten. Die Kommunistische Internationale ordnete sich nationalen Interessen der stalinis-

### Arbeiter\*innen und radikale Rechte – eine These

Gegenwärtig scheint es gar, als hätte der Internationalismus die Seiten gewechselt. Das Kapital agiert in transnationalen Wertschöpfungsketten und an den Finanzmärkten längst global, die Organisationen der lebendigen Arbeit – Gewerkschaften und ihnen verbundene politische Parteien – agieren hingegen noch immer vornehmlich in der nationalen Arena. Mehr noch: In vielen Ländern tendieren vor allem männliche Arbeiter und kleine Angestellte in überdurchschnittlichem Maße zu Parteien der radikalen Rechten. Österreich macht hier keine Ausnahme. Ein

Arbeiter\*innen die rechtsradikale AfD. In Thüringen, wo der faschistoide Flügel die Partei beherrscht, kam sie in der Gruppe der berufstaktiven Arbeiter\*innen auf 39% und wurde auch hier zur stärksten Kraft. Das sind nur einige Beispiele für einen weltweiten Trend. Zwar handelt es sich bei der populistischen Revolte von rechts um Sammlungsbewegungen, die in allen Klassen und Schichten Anhänger\*innen finden – an der Überrepräsentanz vor allem männlicher Arbeiter kann jedoch kein Zweifel bestehen. Wie ist das zu erklären?

Wir müssen, so meine These, systematisch zwischen Klassenbewegungen des Marx'schen Typs und nationalistischen Bewegungen des Polanyi'schen Typs unterscheiden. Die zeitgenössische radikale Rechte verkörpert eher eine Bewegung Polanyi'schen Typs. Sie ist interklassistisch, legt es aber darauf an, Arbeiterinnen und Arbeiter sichtbar zu machen. Sie behauptet Arbeiterinnen und Arbeitern „ihr Land“ zurückzugeben, ihren Lebensstil zu bewahren und so Kontrollverluste rückgängig zu machen. Das gelingt auch deshalb, weil inter- und transnationale Institutionen wie die ILO viel zu schwach sind, um die Arbeiter\*innenschaft vor der „Sattansmühle“ des globalen Marktes zu schützen.

### Lohnabhängige in der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise

Die Unzufriedenheit vieler Lohnabhän-

---

„DIE ZEITGENÖSSISCHE RADIKALE RECHTE BEHAUPTET ARBEITER\*INNEN UND ARBEITERN „IHR LAND“ ZURÜCKZUGEBEN, IHREN LEBENSSTIL ZU BEWAHREN UND SO KONTROLLVERLUSTE RÜCKGÄNGIG ZU MACHEN.“

---

tisch beherrschten Sowjetunion unter. Und – nicht vergleichbar, aber bedeutsam – auch die Wohlfahrtsstaaten, die nach 1945 Lohnabhängigenmacht erfolgreich institutionalisierten, sind letztendlich nationale Projekte geblieben. Demgegenüber haben Institutionen wie die ILO, die internationale Arbeitsorganisation, einen schweren Stand.

Blick auf die jüngsten Parlamentswahlen mag das verdeutlichen. Zwar ist die ÖVP in der heterogenen Großgruppe der Angestellten stärkste Partei, bei Arbeiterinnen und Arbeitern liegt jedoch trotz starker Verluste noch immer die FPÖ vorn. In Deutschland stoßen wir auf das gleiche Phänomen. So wählten im Bundesland Brandenburg 44 % der



giger, die sich in Sympathien für die radikale Rechte entlädt, hat reale Ursachen. Sie ist die besondere politische Verarbeitungsform einer Konstellation, die ich als ökonomisch-ökologische Zangenkrise bezeichne. Damit ist gemeint, dass das wichtigste Mittel zur Überwindung von ökonomischer Stagnation und zur Pazifizierung von Verteilungskonflikten in kapitalistischen Marktwirtschaften – die Erzeugung von Wirtschaftswachstum – unter den Bedingungen hohen Ressourcenverbrauchs und steigender klimaschädlicher CO<sub>2</sub>-Emissionen zwangsläufig zum Anwachsen globaler ökologischer Großgefahren führt. Diese Zangenkrise lässt sich im Grunde nur im Zuge einer Nachhaltigkeitsrevolution überwinden. Dabei ist offen, welcher Gesellschaftstypus diese Revolution am besten voranzubringen vermag. In ihren Grundzügen seit Jahrzehnten bekannt, hat diese Problematik nun in Gestalt von Sustainable Development Goals (SDGs) und verbindlicher Dekarbonisierungsziele das Zentrum der europäischen Wirtschafts- und Industriemodelle erreicht. Soll der Klimawandel einigermaßen kontrollierbar bleiben und sich innerhalb des vom Weltklimarat (IPCC) empfohlenen 1,5-Grad-Erdwärmungsszenarios bewegen, benötigen wir in allen kapitalistischen Metropolen und auch in Deutschland bis spätestens 2050 vollständig dekarbonisierte Wirtschaftssysteme. Selbiges zu realisieren ist gleichbedeutend mit Veränderungen, die in ihrem historischen Ausmaß mit jenen der ersten industriellen Revolution vergleichbar sind. Dies jedoch mit dem gravierenden Unterschied, dass es nunmehr um die Suche nach einem Notausstieg geht, der die gesellschaftszerstörenden Konsequenzen des seither in Gang gesetzten raschen, permanenten Wirtschaftswachstums korrigieren muss. Weil diese Problematik vor allem mit ihren Überlappungszonen von sozialer Frage und ökologischem Gesellschaftskonflikt im politischen System nur ungenügend repräsentiert wird, schwin-

det das Vertrauen in gesellschaftliche Basisinstitutionen. Zugleich entstehen Demokratien bonapartistischen Typs, in denen Angehörige beherrschter Klassen dazu tendieren, ihre Interessen an Parteien der Ordnung, der Sicherheit und der Rückkehr zu vermeintlicher Normalität zu delegieren.

### Eine rechte Tiefengeschichte

Genau das ist bei Teilen der Arbeiter\*innenschaft der Fall. In unseren empirischen Erhebungen sind wir hier auf eine Tiefengeschichte gestoßen, die sich für viele befragte Arbeiter\*innen so anfühlt, als sei sie die eigentliche Wahrheit. Befragte Arbeiter\*innen wännen sich in einer Schlange, die am Fuße eines Bergs der Gerechtigkeit wartetet. Doch ständig gibt es neue Gründe, warum es in der Schlange nicht vorwärts geht. Lohnabhängige hatten, das jedenfalls behauptete der dominante Globalisierungsdiskurs, Opfer zu bringen, um die nationale Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. Abstriche bei Beschäftigungssicherheit, Löhnen, Erwerbslosenversicherung, Renten und Gesundheit galten als zwingend nötig, um den europäischen Sozialkapitalismus an die Globalisierung anzupassen. Die europäische Finanz- und die sogenannte Flüchtlingskrise haben der deep story eine neue Wendung verliehen. Über Jahrzehnte daran gewöhnt, dass es nicht mehr für alles reicht, war im Zuge des Krisenmanagements scheinbar Geld im Überfluss vorhanden – zunächst zur Rettung maroder Banken und kriselnder Staatsfinanzen an der südeuropäischen Peripherie, dann für Geflüchtete, die nach häufig lebensgefährlicher Flucht das europäische Festland erreichten. Seither ist das Schlangengestehen aus der Sicht (nicht nur) rechtsaffiner Arbeiterinnen und Arbeiter sinnlos geworden. Das auch, weil sich die wirtschaftliche Gesamtlage deutlich verbessert hat. Die Unternehmen haben in der Dekade nach der globalen Finanzkrise gut verdient, die Arbeitslosigkeit ist offiziell unter die Sechs-Prozent-Marke gesun-



Klaus Dörre: „Selbstaufwertung mittels Abwertung anderer ist eine mögliche, für rechtsaffine Arbeiter\*innen eine subjektiv naheliegende Reaktion.“

FOTO: ANGELIKA OSTHUES

ken, und die Zahl der Erwerbstätigen auf Rekordniveau gestiegen. Das hat nicht zuletzt bei den jüngeren Lohnabhängigen ein Ende der Bescheidenheit ausgelöst. Vom wirtschaftlichen Boom kommt bei vielen, die so lange gewartet haben, jedoch wenig an. Während man sich selbst vergeblich hinten angestellt hat, wird „den Flüchtlingen“ anscheinend „alles“ gegeben. Nun dürften sich, so die Wahrnehmung, Menschen in der Reihe der Anspruchsberechtigten vordrängeln, die selbst keinen Beitrag zum „Volksvermögen“ geleistet haben. Nicht nur in sogenannten abgehängten Regionen wird das zur Abwertung der eigenen sozialen Position. Und selbst in wohlhabenden Regionen, wo es als besonderer Makel gilt, im Prosperitätszug nicht mitfahren zu können, stößt man auf ein ähnliches Lebensgefühl. Selbstaufwertung mittels Abwertung anderer ist eine mögliche, für rechtsaffine Arbeiter\*innen eine subjektiv naheliegende Reaktion.

Und diese Reaktion kann im Extremfall beinhalten, was sich schon während der 1980er Jahre als verborgene Option andeutete – die Anwendung von Gewalt, gegen Andere, Schwächere, gegen Minderheiten und Migrant\*innen.

## Keine ökologische ohne soziale Nachhaltigkeit

An diese Tiefengeschichte dockt die radikale Rechte erfolgreich an. Klassenspezifische Oben-unten-Konflikte deutet sie in Auseinandersetzungen zwischen Innen und Außen um. Die neue soziale Frage ist für sie eine zwischen „Inländer\*innen“ und ungebeten Gästen, die noch dazu aus „nicht integrierbaren“ Kulturen stammen und unberechtigte Ansprüche an das nationale Volksvermögen stellen. Dem menschengemachten Klimawandel und seinen katastrophalen Folgen begegnen sie mit Leugnung. Und Veränderungen in den Wertorientierungen und den Machtbalancen zwischen den Geschlechtern setzen sie die Rückkehr zur vermeintlichen „Normalität“ des gesunden Menschenverstandes entgegen. Auf diese Weise erreichen sie Arbeiter\*innen, deren Weltbild sich kaum von demjenigen sozialdemokratisch orientierter Altersgenoss\*innen

Lebensstilen 49% dieser Emissionen verursachen, sind die untersten 50% gerade einmal für 3% verantwortlich. Die Anteile der reichsten Bevölkerungsgruppen an den Emissionen steigen überproportional, bei den ärmsten Teilen der Weltbevölkerung sind sie dagegen rückläufig. Die einkommensstärksten 10% mit dem höchsten Emissionsausstoß leben auf allen Kontinenten, 30% in Schwellenländern. Die Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen wird in immer größerem Ausmaß durch die Einkommensungleichheit innerhalb der Staaten verursacht. 1998 erklärten diese Ungleichheiten etwa 30% der globalen Emissionen; 2013 waren es bereits 50%. Das wohlhabendste eine Prozent in den USA, Luxemburg, Singapur und Saudi-Arabien produziert jährlich 200 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf und damit zweitausendmal mehr als die untersten Einkommensgruppen in Honduras, Ruanda und Malawi (0,1 Tonnen pro Person jährlich). Im mittleren Be-

mit Verzichtsappellen oder beteiligt sie überproportional an den Kosten des notwendigen ökologischen Umbaus, ist die Gefahr groß, dass sich die ökologische und die soziale Konfliktachse gegeneinander verselbständigen und die notwendige Transformation blockieren. Das lässt sich nur ändern, wenn ökologische Nachhaltigkeit auch von einer Klassenachse her gedacht wird. Werden Beschäftigte, die ihren Lohn mit der Kohleförderung oder der Autoproduktion verdienen, pauschal zu Gegner\*innen erklärt, verfestigt das Spaltungslinien – und das zum Nachteil der anstehenden Nachhaltigkeitsrevolution. Gleiches gilt für Politiken, die ökologische Nachhaltigkeitsziele allein oder primär über Marktmechanismen erreichen wollen. Setzt man einzig auf den Emissionshandel oder auf die Besteuerung des Konsums und vermeidet die Rückverteilung des Reichtums von oben nach unten und von den Stärksten zu den Schwächsten, ist klar, dass die „kleinen Portemonnaies“ überdurchschnittlich belastet werden. Die französischen Gelbwesten haben gezeigt, was aus solchen Konstellationen erwachsen kann. Transformierende Solidarität, gleich ob sie von der sozialen oder der ökologischen Konfliktachse ausgeht, muss anders verfahren. Sie benötigt ein klares Ziel. Dafür gibt es einfache Kriterien.

---

## „WERDEN BESCHÄFTIGTE, DIE IHREN LOHN MIT DER KOHLEFÖRDERUNG ODER DER AUTOPRODUKTION VERDIENEN, PAUSCHAL ZU GEGNERN ERKLÄRT, VERFESTIGT DAS SPALTUNGSLINIEN.“

---

unterscheidet. Man fühlte sich ungerecht behandelt und übte deshalb Kritik am „System“, sehnte sich jedoch im Grunde nach einer Republik zurück, in der Arbeiter\*innen respektiert waren und Leistung gerecht vergütet wurde. Diese Tiefengeschichte lässt sich nicht durch affirmative Anpassung von Gewerkschaften, NGOs und Mitte-links-Parteien verändern. Stattdessen gilt es, einen neuen Internationalismus zu fördern, der sich auf eine transformierende Solidarität gründet.

### Beispiel Klimagerechtigkeit

Nehmen wir die Klimagerechtigkeit als Beispiel: Während die reichsten 10% der Weltbevölkerung mit ihren luxuriösen

reich mit ca. sechs bis sieben Tonnen CO<sub>2</sub> bewegen sich u. a. das reichste eine Prozent der Tansanier, das siebte chinesische, das zweite französische und das dritte deutsche Einkommensdezil. Durchschnittlich ist jede und jeder Deutsche jährlich für 11,5 Tonnen Treibhausgase verantwortlich. Der Weltdurchschnitt liegt bei ca. 7 Tonnen, jener der EU bei 8,5 Tonnen. Abhängig von Einkommen, Klassenposition und Lebensstil, schwankt der Ausstoß allerdings zwischen fünf und 20 Tonnen (vgl. Umweltbundesamt 2019). Solche Daten belegen, dass ökologische ohne soziale Nachhaltigkeit nicht zu haben ist. Konfrontiert man bevorzugt die Angehörigen subalterner Klassen

### Transformative Solidarität

Erstens: Reduziert sich der ökologische Fußabdruck? Sinken Emissionen, Ressourcen- und Energieverbrauch? Zweitens: Steigt – für jede und jeden frei zugänglich und auch für künftige Generationen – die Lebensqualität? An diesen Kriterien erweist sich künftig die Zukunftstauglichkeit von Politik und sie sind auch ein Maßstab für – transformative – Solidarität. Solidarität, das sei sogleich hinzugefügt, ist keine interessenslose, konfliktfreie, lediglich wertevermittelnde Praxis. In pluralen, ungleichen und durch Machtasymmetrien gekennzeichneten Gesellschaften kann transformativ-solidarisch nur

sein, wer Interessengegensätze, Klassenunterschiede, aber auch Geschlechterdifferenzen, ethnische Spaltungen und Spannungen zwischen ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit klar benennt, um sie in demokratischer Weise auszutragen. Die Sustainable Development Goals der UNO lassen sich – trotz aller berechtigter Kritik am Zustandekommen, dem Kompromisscharakter und ihrer relativen Unverbindlichkeit – hierfür politisch operationalisieren. Und sie können auch mit den Kernarbeitsnormen der ILO kombiniert und eingeklagt werden. Es handelt sich um Maßstäbe, anhand derer sich das reale Handeln von Unterneh-

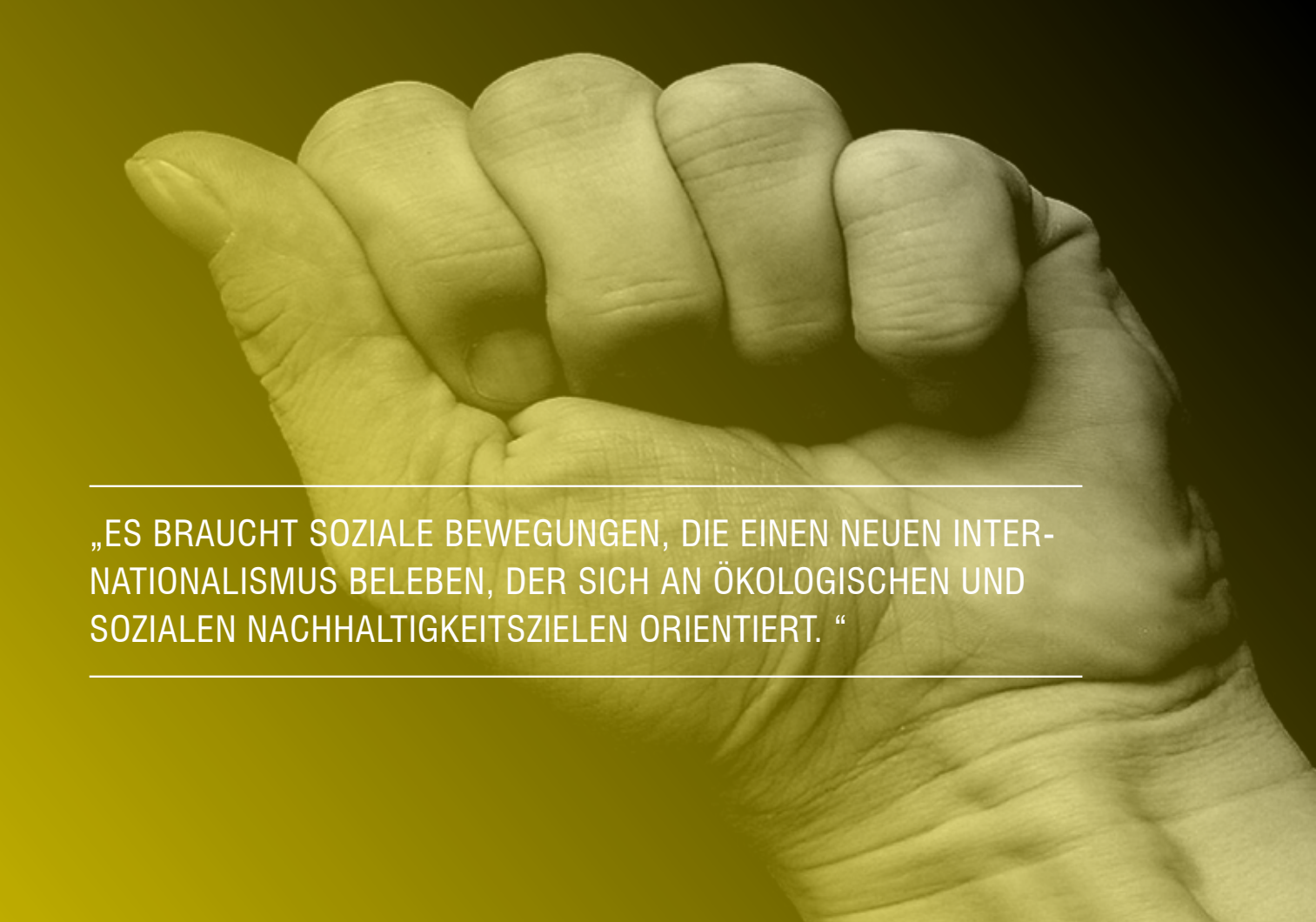
men, Regierungen, herrschenden und beherrschten Klassen bewerten lässt. Je weiter Nachhaltigkeitsziele und reale Ergebnisse auseinanderklaffen, desto wahrscheinlicher ist eine Delegitimation der vorherrschenden Produktions- und Lebensweisen. Anders gesagt: Kapitalistische Marktwirtschaften stehen auf absehbare Zeit unter der Bewährungsprobe der Nachhaltigkeit. Ob ein Green New Deal den Kapitalismus zu retten imstande ist, ob es innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise gelingen kann, soziale und ökologische Zielsetzungen in Einklang zu bringen oder ob die Nachhaltigkeitsrevolution den Weg in eine nachkapitalistische

Postwachstumsgesellschaft bahnt, ist gegenwärtig eine völlig offene Frage. Wie sie beantwortet wird, hängt nicht zuletzt von sozialen Bewegungen ab, die einen neuen Internationalismus beleben, der sich an ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitszielen orientiert.

*klaus.doerre@uni-jena.de*

## HINWEIS

Dieser Artikel von Klaus Dörre ist inklusive Quellenangaben und Zitatvermerken auf der Homepage der KABÖ zu finden [www.kaboe.at](http://www.kaboe.at)



---

„ES BRAUCHT SOZIALE BEWEGUNGEN, DIE EINEN NEUEN INTERNATIONALISMUS BELEBEN, DER SICH AN ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN NACHHALTIGKEITSZIELEN ORIENTIERT.“

---

# Wenn Solidarität teilbar wird

## Wie Rechtsextreme versuchen, Arbeitnehmer\*innen zu vereinnahmen

Rechtsextreme versuchen zunehmend, Arbeitnehmer\*innen gezielt zu vereinnahmen. Dabei geben sie sich vermeintlich sozial und arbeitnehmer\*innenfreundlich. Sie sprechen davon, sich für 'unsere Leute' einzusetzen und sogar davon, einen starken Sozialstaat zu wollen. Dabei geht es aber immer nur um eine partielle Solidarität, wie etwa Ulrike Papouschek, Sozialwissenschaftlerin in der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeit, nachweist. Eine Analyse von **NATASCHA STROBL**, Politikwissenschaftlerin mit Fachgebiet Rechtsextremismus und Neue Rechte.

**R**echtsextreme propagieren eine Solidaritätsgruppe, die nur „Inländer\*innen“ umfasst. „Inländer\*in“ ist aber nicht dasselbe wie Staatsbürger\*in, da sie viele Migrant\*innen, die eine Staatsbür-

vorrangig als Arbeitnehmer\*innen, sondern als „Inländer\*innen“ gesehen werden. Die Stärke der Arbeitnehmer\*innenschaft war es aber immer, viele zu sein und sich nicht teilen zu lassen. Nur durch die Menge als Druckmittel konnten Verbesserungen errungen und bei Kollektivvertragsverhandlungen Erfolge erzielt werden. Wenn diese Gruppe jetzt also rassifiziert wird, dann ist das nicht nur moralisch verwerflich, sondern schwächt ganz konkret die Verhandlungsposition.

### Solidarität nach oben statt mit Kolleg\*innen

Ein weiteres Problem dieser Solidaritäts-Logik ist, dass Solidarität innerhalb der Gruppe „Inländer\*innen“ geübt und damit suggeriert wird, man stehe dem eigenen Chef/der eigenen Chefin näher, als den migrantischen Kolleg\*innen. Das gemeinsame Ziel ist der Wirtschaftsstandort, es sind nicht Verbesserungen für die Arbeitnehmer\*innen. Dieser klassenharmonisierende Ansatz steht progressiven Ansätzen entgegen, die einen Widerspruch zwischen den Arbeitnehmer\*innen und den Arbeitgeber\*innen sehen. Rechtsextreme setzen einer Interessenspolitik die Idee eines gemeinsamen völkischen Interesses entgegen. Das bewirkt aber, dass arbeitsrechtliche Kampfmaßnahmen wie Streiks und Arbeitsniederlegungen als störend und illegitim empfunden werden und daher nicht anzuwenden sind. Die rechte Solidarität ist daher immer auch eine hierarchische Solidarität nach oben, während progressive Solidarität vertikal ist und alle Kolleg\*innen

umfasst. Während in der progressiven Vorstellung die Funktion im Arbeitsprozess den Ein- und Ausschlussmechanismus bildet (Arbeitnehmer\*innen versus Arbeitgeber\*innen), so ist das bei Rechtsextremen eine rein völkisch-rassifizierte Markierung, unabhängig davon, wer welche Machtposition im realen Prozess hat.

Das heißt aber eben nicht, dass Rechtsextreme glauben, unsolidarisch zu sein oder eine Ellbogengesellschaft zu befördern. Im Gegenteil: sie sehen sich als sehr solidarisch und sehen ihre Solidaritätsgruppe als die einzig logische an. Das ist wichtig im Verständnis von Rechtsextremismus: die Betroffenen sehen sich selbst nicht als böse oder Böses wollend an. Sie glauben, dass ihr Weg der einzig sinnvolle ist, auch für Arbeitnehmer\*innen. Dementsprechend greift es zu kurz, sie bloß als unsolidarisch zu brandmarken. Viel wichtiger ist es zu zeigen, dass ihre Solidarität sehr begrenzt ist, nicht alle Arbeitnehmer\*innen umfasst und dass die Ausschlusskriterien rassistisch sind. Gleichzeitig ist es wichtig zu vermitteln, dass Solidarität nach oben immer eine Machtabgabe ist, und dass hier systemische Interessengegensätze verwischt werden.

Es muss auch die eigene Solidaritätsvorstellung geschärft werden: Mit wem ist man wann und warum solidarisch? Welche Inklusions- und Exklusionsmechanismen hat man selbst, und will man die überhaupt haben? Denn nur, wenn Solidarität wirklich unteilbar ist, kann Rechtsextremismus effektiv bekämpft werden.



Natascha Strobl: „Auch die eigene Solidaritätsvorstellung muss geschärft werden.“

FOTO: NURITH WAGNER-STRAUSS

gerschaft besitzen, eben von dieser Solidarität ausschließen. Somit wird „Inländer\*in“ zu einem gefühlten und nicht klar definierten Begriff, der jene Leute umfasst, die hier geboren sind, keinen Migrationshintergrund haben und auch sonst nicht von der von ihnen imaginierten Norm abweichen. Viele Leute fallen da raus. Der Rest wird als die zu erhaltende Gruppe gesehen, mit der man solidarisch ist.

Diese kleinere Solidaritätsgruppe suggeriert, dass man jetzt endlich gesehen wird und den eigenen Belangen Gehör verschaffen kann. Doch in Wahrheit schwächt das die Position der Arbeitnehmer\*innen, da sie nicht mehr



# Umkämpfte Solidaritäten

## Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft

Drei „Anmerkungen zu Rechtspopulismus und Arbeitswelt“ macht Ulrike Papouschek, Soziologin an der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA), im folgenden Beitrag. **ULRIKE PAPOUSCHEK** ist Mitautorin des Buches „Umkämpfte Solidaritäten“, das 2019 erschienen ist und auf der Rückseite dieses Heftes vorgestellt wird.

Eine gängige Erklärung für den Erfolg populistischer und extremer Rechtsparteien in Europa war in den letzten Jahren der sozio-ökonomische Wandel und insbesondere die Ausbreitung von Unsicherheit in bisher sozial gesicherten Milieus. Häufige Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Abstiegsängste der Mittelschichten, so die These, ermöglichen es den Rechtspopulist\*innen, Ressentiments gegen Migrant\*innen zu schüren und gegen Randgruppen zu mobilisieren. Doch diese Behauptung greift zu kurz. Neuere Forschung zeigt: Auch unter den Privilegierten und Aufsteiger\*innen sind viele für Botschaften von rechts außen ansprechbar.

Die Studie „Solidarität in Zeiten der Krise. Sozioökonomischer Wandel und politische Orientierungen in Österreich“ (siehe Buchhinweis S. 20) macht deutlich, dass verschiedene Personen und Gruppen aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichen Zu-

sammenhängen für rechtspopulistische und -extreme Botschaften gewonnen werden können. Ein Beispiel: Diejenigen, die sich gegen eine Aufnahme von Geflüchteten aussprechen. Dies kann mit der rechtsextremistischen Orientierung begründet sein, dass es unterschiedliche „Völker“ quasi als Organismen mit gleichbleibenden Merkmalen gäbe, die besser getrennt blieben. Davon sind jene zu unterscheiden, die gegen eine Aufnahme von Geflüchteten nichts Grundsätzliches einzuwenden haben, aber eine Bevorzugung der nationalen Eigengruppe gewahrt haben wollen. Bei anderen steht dagegen das Verhalten einzelner Geflüchteter im Fokus. Wer sich aus seiner misslichen Lage herausarbeitet, wer „sich integriert“ und durch Arbeit etwas zum Land beiträgt, „darf gerne bleiben“. Aufgrund der gestellten Bedingungen und wegen der Erfahrung, dass sich nicht alle Geflüchteten danach verhalten (können), sind aber auch diese ansprechbar für ausgrenzende politische Botschaften. Dies hat wichtige Konsequenzen. Es macht klar, dass die konkreten Umstände, die Situationsdeutungen und die Rahmungen, die im öffentlichen Diskurs vorherrschen, einen wichtigen Einfluss auf die Haltungen der Einzelnen haben.

### Gesellschaftliche Schief lagen

Die Studie verdeutlicht aber auch „gesellschaftliche Schief lagen“, wie sie von

vielen Gesprächspartner\*innen wahrgenommen werden, beispielweise zwischen den langjährigen Beiträgen durch Erwerbsarbeit, aber auch Kinderbetreuung, einerseits und der Höhe der Pension oder der Behandlung beim AMS andererseits; die Unterordnung und erbrachten Opfer, für die in einer veränderten Arbeitswelt Gegenleistungen in Form von Sicherheit oder Aufstieg immer öfter ausbleiben, Einkommen, die Existenz nicht mehr sichern und anderes mehr. Gleichzeitig wird soziale Ungleichheit im öffentlichen/politischen Diskurs ausgeblendet. Damit stellt es eine Leerstelle dar, die vom Rechtspopulismus in Form von Problemverschiebungen und Umdeutungen gefüllt werden kann. Werden soziale Ungleichheiten in der vertikalen Dimension und Interessengegensätze zwischen den Klassen zu wenig thematisiert, werden Niedriglöhne, prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen und mangelnde soziale Sicherheit nicht in Zusammenhang mit der Umverteilung von unten nach oben und mit dem gestiegenen politischen Einfluss der Großunternehmen und der Reichen in der Gesellschaft gebracht, so öffnet das Tür und Tor für Deutungsangebote, welche den Migrant\*innen die Schuld an der nachteiligen Situation zuweisen. Dies gelingt, wenn die politische Rechte bei wachsender sozialer Ungleichheit die nationale und völkische Zugehörigkeit erfolgreich als Grundlage des sozialen Zusammenhalts propagiert.



Ulrike Papouschek: „Die konkreten Umstände, die Situationsdeutungen und die Rahmungen, die im öffentlichen Diskurs vorherrschen, haben einen wichtigen Einfluss auf die Haltungen der Einzelnen.“ **FOTO:** PRIVAT

## KOMMENTAR

### ZUR PERSON

Hubert Gratzler ist Betriebsseelsorger in der Diözese Linz FOTO: PRIVAT



## Der kleine Unterschied

*Ja, viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wählen zurzeit rechte Parteien. Warum ist das so? Wir fragen uns das immer wieder. Hier einige Gedanken dazu.*

*In den 1970er Jahren haben Sprachwissenschaftler herausgefunden, dass Menschen über sogenannte „Frames“, also via Deutungsrahmen, Denk- und Gefühlsgerüsten Informationen aufnehmen. Zahlen und Fakten finden im Menschen keine Verankerung, ohne dass sie mit Gefühlen und Erfahrungen verbunden werden. Sogar Unwahrheiten, in gewissen „Frames“ vermittelt, werden als wahr anerkannt. Das machen sich die neuen politisch Mächtigen zunutze.*

*Die Psychologie nennt den kognitiven Vorgang, Sachverhalte in einen Bezugsrahmen zu setzen, „Framing“. Jeder Mensch hat so seine individuellen Erfahrungen, Gewohnheiten, Denkweisen und Filter, die seinen jeweiligen „Frame“ beeinflussen. Menschen mit unterschiedlichen „Frames“ tendieren dazu, einander misszuverstehen.*

*Ein besonders gutes Beispiel von „Framing“ im politischen Kontext bot eine Pressekonferenz zum Umbau der bedarfsorientierten Mindestsicherung zur Sozialhilfe 2018. „Ich glaube, wir haben ein System geschaffen, das deutlich besser und gerechter ist. Das bisherige System war viel zu attraktiv für Migranten für Zuwanderer ins Sozialsystem“, so Kanzler Sebastian Kurz bei der Pressekonferenz. HC Strache sprach von „sozialer Fairness“, weil doch 62% der Betroffenen Migrationshintergrund hätten. Sozialministerin Hartinger-Klein von einer „harmonisierten, fairen und effizienten“ Lösung. Es ging bei dieser Pressekonferenz zum Umbau der bedarfsorientierten Mindestsicherung um bis zu 40% Kürzung bei den Ärmsten in unserem Land. Mehr als 70% der Betroffenen davon sind Frauen und Kinder.*

*Ein anderes Beispiel ist der Begriff „Zuwendungen“ für die Ausgabe von 55 Millionen Euro Schmiergelder beim Eurofighter-Ankauf. „Zuwendungen“ klingt zahm. Und noch ein Beispiel: ein Foto in einer Zeitung mit der Überschrift „Opel in Wien kündigt 80% seiner Mitarbeiter\*innen“, wobei das Foto aus 1978 stammt und Kreisky zeigt, wie er mit einem Ma-*

*nager durch das neue Opel-Werk geht. Soll das suggerieren, dass Kreisky an den Kündigungen schuld ist? So könnte man die Reihe fortsetzen, die Medien weiter überprüfen auf derlei Phänomene. Ich mache das täglich. Mit meinen Beispielen bin ich aber noch bei Berichten einer „unabhängigen Zeitung“, nicht beim Gratisblatt, das dem Leser mit drei Zeilen alle Emotionen herauslocken will.*

*Über diese Schiene machen „Reiche“ rechte Politik.*

*Die Frage ob die Arbeiter und Arbeiterinnen heute mehr „rechts“ sind, kann man wahrscheinlich nur vor diesem Hintergrund von Sprache, Medien und Macht diskutieren. Jene Arbeiter\*innen mit Geschichtsbewusstsein und dem Bewusstsein, wie hart der Kampf war und ist am Arbeitsplatz, sind und wählen nicht rechts. Jene, die auf die neuen Fallen der Informationspolitik, auf das „Framing“, hereinfallen, sind ganz sicher rechts. Sie werden fremdenfeindlich und reichtenfreundlich gemacht und entwickeln sich in einer Blase Richtung Abbau der Demokratie. Sie sind leichtgläubig angesichts der Überschriften von Gratiszeitungen. Wie es Walter Ötsch in seinem Buch über rechte politische Agitation schreibt: Es geht darum, ein Bild von „Wir“ und „die Anderen“ zu erzeugen, also Menschen gegeneinander aufzubringen, das Gegenüber in eine Täterrolle zu schieben und sich selbst in die Opferrolle. Diese Bilder, diese Sprachkünste, diese Verführungen werden durch modernste Sprachtechnik erzeugt, vermittelt und eingesetzt.*

*Der Ausweg kann nur darin bestehen, diesen Umgang mit Sprache zu durchschauen, Sprache auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen, selbst zu lernen, in Bildern, Metaphern und „Frames“ zu sprechen, weil wir Menschen darauf ansprechen. Fakten, mögen sie noch so richtig sein, werden weitgehend nicht gehört.*

*Wirklich „rechts“ sind die Auftraggeber\*innen, die Mächtigen dieser Welt, die Superreichen. Es geht darum, das zu erkennen und den Kurs zu ändern. Ich kann mich nicht ärgern über die Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben. Ich kann nur immer wieder aufzeigen und hoffen, dass sich „so viel Bosheit selber umbringt“ und „das Gottesreich kommt“, wie es in dem „Anderen Osterlied“ heißt.*

## KOMMENTAR

### ZUR PERSON

**Martin Risak** ist außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien und im Sommersemester Gastprofessor an der Universität Salzburg. Er ist unter anderem Vorsitzender des Senates II der Gleichbehandlungskommission und Mitglied des die Europäische Kommission beratenden "European centre of expertise in the field of labour law, employment and labour market policies (ECE)".

FOTO: PETER REITMAYR



## Neue Regierung – neues Programm: Was kommt auf die Arbeitenden zu?

Seit Anfang 2020 gibt es eine neue Regierung von ÖVP und Grünen mit einem neuen Programm („Aus Verantwortung für unser Österreich“) für die Periode 2020 – 2024. Was hat dieses für die arbeitende Bevölkerung zu bieten?

Was das Arbeitsrecht konkret betrifft, eigentlich sehr wenig. Von den 328 Seiten sind genau eineinhalb der „Modernisierung des Arbeitsrechts“ gewidmet, wobei die Digitalisierung nur im ersten bullet-point vorkommt: Es soll ein breiter gesellschaftlicher Dialog der Bundesregierung unter Einbindung aller relevanten Stakeholder (Sozialpartner, Zivilgesellschaft etc.) über die Zukunft der Arbeit, vor allem der Aspekte Digitalisierung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeits- und Lebensqualität stattfinden. Konkreter wird es nicht. Keine Projekte zur Plattformarbeit (das gibt es sogar in den politischen Leitlinien der neuen konservativen Präsidentin der Europäischen Kommission von der Leyen), auch zum Home-Office und dem entgrenzten Arbeiten oder zu Maßnahmen gegen die immer mehr überhandnehmende Dauererreichbarkeit (Schlagwort „Recht auf Nichterreichbarkeit“) findet sich nichts. Die Probleme sind alle schon bekannt, Lösungsvorschläge liegen auf dem Tisch – hier wäre aus meiner Sicht „a little less conversation, a little more action please“ (E. Presley) angebracht.

Das meiste in dem Kapitel ist außerdem sehr vage formuliert, wobei oft von „Überprüfung“ und „Evaluierung“ die Rede ist: Beschäftigung in Land- und Forstwirtschaft, Entgeltfortzahlung bei vorzeitigem Beschäftigungsverbot bei Schwangerschaft und bei Zivildienern, Entgeltfortzahlung bei langem Krankenstand, Zeitkorridormodell zur partnerschaftlichen Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit, Sabbaticalmodell, Entsendung von Arbeitnehmer\*innen aus und nach Österreich. Konkrete Projekte gibt es hingegen eigentlich nur sehr wenige und die sind doch eher Stückwerk ohne ein Ge-

samt-konzept: ein bundeseinheitliches Berufsgesetz für soziale Arbeit, Zeitwertkonto (auf Basis einer Sozialpartner\*innen-einigung), Sicherung angemessener Löhne (wenngleich ohne konkreten Betrag), Modernisierung der Berufskrankheitenliste sowie die Förderung hochwertiger Unterkünfte im Tourismus.

Zumindest sind die Sozialpartner\*innen wieder mehrfach erwähnt. Die letzte Bundesregierung hat diese ja nicht wirklich eingebunden, wie vor allem bei der generellen Ausweitung der Höchstarbeitszeitgrenzen auf 12 Stunden/Tag. Nunmehr sollen sie wieder an Bedeutung gewinnen, wobei es explizit um die Einführung eines Zeitwertkontos, die Sicherung angemessener Entlohnung und die Entbürokratisierung des Arbeitnehmer\*innenschutzes geht.

Das arbeitsrechtliche Leuchtturmprojekt der neuen Bundesregierung ist sicherlich die Sicherung angemessener Entlohnung, wobei zwei Problemfälle genannt werden: Einerseits geht es um Arbeitsverhältnisse, die keinem Kollektivvertrag unterliegen und andererseits um jene, bei denen die Mindestlöhne „bereits seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr angehoben wurden“. Ein Betrag wird dabei aber nicht genannt; Untergrenze soll offensichtlich der „niedrigste Kollektivvertragslohn der gewerblichen Wirtschaft“ sein, der zB bei den Kinoarbeitnehmer\*innen derzeit bei wenig berauschenden € 1.228,30 brutto für 40 Stunden/Woche oder im Taxigewerbe bei € 1.350,- brutto für 55 Stunden/Woche liegt. Die Lücke soll primär unter Einbindung der Sozialpartner\*innen geschlossen werden, erforderlichenfalls auch auf anderen Wegen, wie durch das Bundeseinigungsamt. Anders als im Wahlprogramm der Grünen wird ein gesetzlicher Mindestlohn hier nicht erwähnt.

Mal sehen, was daraus dann tatsächlich wird, aber für fünf Jahre Regieren ist das nicht wirklich viel an Programm ...

# Banghi muss nicht Banghi bleiben

## Über den Widerstand indischer Dalits in Zeiten eines erstarkenden Hindunationalismus

Vor dem Hintergrund des erstarkenden Hindunationalismus unter Ministerpräsident Narendra Modi wird es für Muslime wie Dalits – Nachfahren der Ureinwohner Indiens, die im Hinduismus als „Unberührbare“ gelten – immer wieder schwierig, Rechte geltend zu machen und durchzusetzen. Der Menschenrechts-Aktivist Bezwada Wilson engagiert sich besonders für jene Dalits, die zur Kaste der „Latrinereiniger“ gehören.

Eben war er noch in einem anderen Bundesstaat, hat sich vom Flughafen durch das abendliche Verkehrschaos in Delhi gearbeitet, um pünktlich am verabredeten Ort zum Gespräch zu erscheinen: Bezwada Wilson, einer der aktuell prominentesten indischen Kämpfer für die Rechte der Dalits, ist viel, eigentlich immer unterwegs. Nicht einmaleine Wohnung hat er. Wenn er in Delhi ist, schläft er in seinem Büro, Freund\*innen und Mitstreiter\*innen, die seine Aufklärungs- und politische Arbeit unterstützen, bilden ein Netz, das ihn trägt.

Bekannt geworden ist Bezwada Wilson für sein Engagement für eine ganz bestimmte Gruppe der „unberührbaren“ Dalits: Menschen, deren Job es ist, öffentliche Latrinen zu reinigen, Exkremamente wegzuschaffen oder in Sickergruben zu steigen, um mit bloßen Händen in verstopften Röhren zu wühlen, damit der Durchfluss von Urin, Kot und Abwasser wieder funktioniert.

### Bis zum Brustkorb in Kot und Urin

Viele Dalits zieht es vom Land in die Hauptstadt, dort ist es noch am ehesten möglich, Arbeit zu finden – auch als „manual scavenger“, der unter Umständen bis zum Brustkorb in stinkende Brühe steigt. Die Arbeit ist mit umgerechnet 5 Euro am Tag nicht nur schlecht entlohnt, sie ist ungesund und gefährlich. Die Zahl jener „manual scavengers“, die in Indiens Gruben und Kanälen ersticken oder ertrinken, geht jährlich in die Hunderte.

Seit 1993 ist die Arbeit gesetzlich verboten, aber die Behörden schauen vielfach weg. Vor dem Hintergrund

des erstarkenden Hindunationalismus in Indien erlangt auch das Kastenwesen wieder stärkere Legitimation in der Gesellschaft und entfaltet seine Wirkung. Offiziell gelten Staat und Religion seit der Verfassung von 1950 als getrennte Bereiche.

vor, berichtet Wilson, wiewohl er als historischer Anführer der Dalit-Bewegung gilt und laut Arundhati Roy, Indiens bekanntester Schriftstellerin der Gegenwart und Freundin von Wilson, „Gandhis wichtigster intellektueller Herausforderer“ war.

---

„AUCH GANDHI HAT LATRINEN GEREINIGT, ABER NIEMAND WÜRDE GANDHI, DER DER KASTE DER KAUFLEUTE ANGEHÖRTE, ‚BHANGI‘ NENNEN“

---

### „Banghi“: Wir haben das internalisiert

Bezwada Wilson ist selbst Dalit, 1966 geboren in eine Familie von „manual scavengers“ im südindischen Staat Karnataka. Lange Jahre litt er ohnmächtig, sozial und geistig bewegungsunfähig: „Wir haben das internalisiert, minderwertig zu sein“, erzählt er. „Bhangi“, „Latrinereiniger“, haben die Kinder ihm auf dem Schulweg nachgerufen. „Wenn Du mal bessere Kleidung getragen hast, ist das gleich registriert und thematisiert worden – und wieder warst Du gebrandmarkt als ‚der andere‘, ‚der Minderwertige‘, der ‚Bhangi‘.“

Auch Gandhi habe Latrinen gereinigt, „aber niemand würde Gandhi, der der Kaste der Kaufleute angehörte, ‚Bhangi‘ nennen“, so Wilson. Die Augen geöffnet habe ihm die Konfrontation mit Bhimrao Ambedkar (1891 – 1956), Jurist, Ökonom, Politiker und Sozialreformer, der auch als „Vater der indischen Verfassung“ gilt. In den aktuell offiziellen Geschichts- oder Schulbüchern komme er kaum

### Es ist das Kastenwesen

Ambedkar zielte auf die Überwindung des Hinduismus, um das Kastenwesen abschaffen und Gerechtigkeit herstellen zu können. Seine Konversion zum Buddhismus löste 1956 den Massenübertritt von rund einer halben Million Dalits zum Buddhismus aus. Gandhi konnte sich erst zum Ende seines Lebens dazu durchringen, gemeinsame Mahlzeiten oder Mischehen von Angehörigen unterschiedlicher Kasten zu akzeptieren. „Ambedkar hat mir gezeigt: was uns als ‚Bhangi‘ ausmacht sind nicht Armut, Analphabetismus oder gar der Hang dazu, mit minderwertiger Arbeit schnell Geld verdienen zu wollen – es ist unsere Geburt, die Tatsache, dass wir in die Kaste der ‚Banghi‘ hineingeboren sind“.

Bezwada Wilson hat sich aus den externen und internalisierten Zuschreibungen selbst befreit. Er hat die Arbeit seines Vaters nicht übernommen, er hat gekämpft um Ausbildung und Studium und den „National Convenor of the



Safai Karmachari Andolan (SKA)“ mitbegründet, eine indische Menschenrechtsbewegung für die Rechte von Dalits, die auch die Abschaffung von „manual scavenging“ kampagnisiert.

### Zwingen wir die Regierung, etwas zu verändern

250 Millionen Inder\*innen zählen derzeit zur Kaste der Dalits: „90 Prozent der Armen Indiens sind arm, weil sie Dalit sind“, so Wilson. Sein Credo an die „manual scavengers“: „Macht diese Arbeit nicht. Zwingen wir die Regierung, etwas zu ändern.“ Beispielsweise, notwendige Technologien zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen: „Das muss möglich sein, wenn wir daran denken, was an finanziellen und wissenschaftlichen Ressourcen in die Entwicklung von Waffen gesteckt wird.“ Mit seinen Mitstreiter\*innen kämpft Wilson überdies für Kompensation für die Familien jener manual scavengers, die seit 1993 bei der Arbeit umgekommen sind: „2014 hat der Oberste Gerichtshof eine diesbezügliche Entscheidung getroffen. Wir haben weit über 1000 Fälle dokumentiert“. Allein: „Die



Bezwada Wilson: „Der Umgang des Staates mit den Anliegen der Dalits erschöpft sich in wirkungslosen Gesten.“ FOTO: PRIVAT

### „Indien den Hindus“

Im Gegenteil. Mit Modi steht ein Mann an der Regierungsspitze, dessen Credo lautet: „Indien den Hindus“. Der Welt rat der Hindus, Vishwa Hindu Parishad, wird als religiöse Vorfeldorganisation der Hindunationalisten betrachtet, ihr politischer Arm ist die regierende indische Volkspartei BJP, Bhartiya Janata Party. Als Ministerpräsident des Bundesstaates Gujarat war Modi, Berichten von Menschenrechtsorganisationen zufolge, 2002 maßgeblich daran

---

### „IM GRUNDE LEBEN WIR IN EINEM FEUDALEN SYSTEM. ALS ARBEITSUCHENDER SEI ES VÖLLIG NORMAL, ZUERST NACH DER KASTE GEFRAGT ZU WERDEN, DER MAN ANGEHÖRT.“

---

Regierung reagiert nicht. Auch nachdem wir unsere Unterlagen mehrfach vorgelegt haben.“

Am Geld könne das nicht liegen. Erst kürzlich habe die indische Staatsbank zinslose Kredite in Höhe mehrerer Milliarden Rupien an mehr als 200 reiche Inder\*innen vergeben, erklärt Wilson: „Die Armen bezahlen Zinsen“. Der Umgang des Staates mit den Anliegen der Dalits erschöpfe sich in wirkungslosen Gesten. Und allenfalls in der Botschaft, als Dalit Muslimen überlegen zu sein. Inklusion sei kein Thema für die Hindunationalisten unter Premier Narendra Modi, weder für Dalits noch für Muslime.

beteiligt, dass es zum größten Mord an Muslimen in Indien seit der Jahrtausendwende gekommen ist: einen Tag, nachdem bei einem Brand in einem Zug in der Stadt Godhra 58 hinduistische Pilger\*innen umgekommen waren, habe der seinerzeitige Ministerpräsident von Gujarat bereits den Schluss gezogen, dass Muslime den Zug in Brand gesteckt hätten. Der Mob tötete infolge mehr als 1000 muslimische Bewohner\*innen von Gujarat, 150.000 Muslime wurden aus ihren Häusern vertrieben.

Am 24. und 25. Februar 2020 ist es auf Delhis Straßen zum schlimmsten

Gewaltausbruch seit Jahrzehnten gekommen, nachdem Anhänger\*innen und Gegner\*innen der umstrittenen Reform des indischen Staatsbürgerschaftsgesetzes aufeinander getroffen waren. Das Gesetz ermöglicht Angehörigen religiöser Minderheiten aus Bangladesh, Pakistan und Afghanistan, die vor 2015 ohne gültige Papiere ins Land gekommen sind, eine vereinfachte Einbürgerung. Muslime sind davon ausgeschlossen. Viele im Land empfinden das als Provokation seitens des Staatchefs und seiner Partei.

### Die „arische“ Zivilisation wiederbeleben

Als junger Mann war Modi, wie viele Minister in der gegenwärtigen Regierung Indiens, Mitglied im Führungskader des Freiwilligenkorps Rashtriya Swayamsevak (RSS), das im Hintergrund der hindunationalistischen Bewegung steht – gegründet in den 20er-Jahren des vorigen Jahrhunderts in Anlehnung an Mussolinis Schwarzhemden. Ziel der Hindunationalisten ist es, die „arische“ Zivilisation wiederzubeleben. Das Kastensystem verkörpert für sie eine soziale Ordnung, fußend auf einem 2000 Jahre alten Gesetzbuch, dem Manusmriti, das Menschen in Höher- und Minderwertige einteilt.

„Im Grunde leben wir in einem feudalen System“, erklärt Bezwada Wilson. Als Arbeitssuchender sei es völlig normal, zuerst nach der Kaste gefragt zu werden, der man angehört. Der RSS betrachte Kritik am Kastensystem als Einmischung in die Religion. Die in der Verfassung niedergelegte Trennung von Staat und Religion scheint wenig präsent zu sein.

Als Dalit-Aktivist bewegt sich Bezwada Wilson in immer schwierigeren, mitunter gefährlichen Gefilden. Aber er ist ein kluger, wendiger Mensch. Als unser Gespräch zu Ende ist, verschwindet der Wohnungslose rasch im zähen Verkehr Delhis, zwischen hupenden Autos, die die Nacht mit gleichförmigem Lärm erfüllen. (lh)

# Klimafreundlich! Bedürfnisgerecht?

## Gedanken zu einer gendergerechten und klimafreundlichen Mobilität

Gemeinsam mit der Politologin Margit Appel waren am 18. Jänner 20 KAB-Frauen aus den Diözesen Linz, St. Pölten und Wien in der österreichischen Hauptstadt unterwegs, um mitten im Geschehen zu beobachten und zu diskutieren, wie Mobilitätsbedürfnisse und -verhalten von Männern und Frauen ausschauen und wie Mobilität so organisiert werden kann, dass sie gendergerecht und klimafreundlich ist. Im Folgenden der Beitrag von MARGIT APPEL zu diesem KABÖ-Frauenstudientag „on the road“.

Die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo ist Präsidentin des Städtenetzwerks Women4Climate. „Frauen“, so die häufig auf dem Fahrrad unterwegs seiende Hidalgo, „geben Wege vor!“. Umweltressorts waren jahrzehntelang machtpolitisch uninteressant und Politikerinnen als Spielwiese überlassen. Nun erweist sich, dass der so erworbene Wissensvorsprung und die gesammelten praktischen Erfahrungen Frauen dazu prädestinieren, bei der Gestaltung der Mobilitätswende den Ton anzugeben.

### Beschränkung und Freiheit

Was für eine Entwicklung! Noch in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts mussten Frauen im viktorianischen England, deren Unterwegssein im Freien Vertretern der Behörde verdächtig erschien - was eher die Regel war, als die Ausnahme - mit Verhaftungen und demütigenden medizinischen Untersuchungen rechnen. Der Prostitutionsverdacht war allgegenwärtig.

Während Männer die Segnungen des stundenlangen Umherwanderns für ihr Wohlbefinden und ihr Denken in Briefen, Kommentaren und ihren literarischen Werken priesen, fehlte es Frauen an den wesentlichen Voraussetzungen, frei in die Welt hinausgehen zu können - so die feministische Essayistin Rebecca Solnit.

Es fehlte ihnen an Zeit, an öffentlichen, sicheren Orten und vor allem an Körpern, frei von gesellschaftlichen Beschränkungen.



Perspektiven, Visionen, Notwendigkeiten ...

FOTO: ELISABETH ZARZER

### Was hat man aber auch jahrelang für ein Leben geführt ...

Bis Frauen sich die neuen Mobilitätsformen angeeignet hatten, waren viele Kämpfe auszufechten. Die Wirkung, die eintrat, war genau die, vor der konservative Stimmen stets warnten: Frauen hatten große Lust an der mit Mobilität verbundenen Freiheit! Ende des 19. Jahrhunderts hält Rosa Mayreder in einem ihrer Texte fest, dass „das Bicycle“ mehr zur Emanzipation der Frauen aus den höheren Gesellschaftsschichten beigetragen habe, als alle Bestrebungen der Frauenbewegung zusammen. Und von ihrer Zeitgenossin, der Schriftstellerin Elsbeth Förster-Meyer, ist der Ausspruch überliefert: „Was hat man aber auch jahrelang für ein Leben geführt, man hat nicht springen, laufen, jagen dürfen, man ist Dame, Fräulein,

Frau gewesen, ein Ding ohne bewegliche Gliedmaßen, aufrecht gemessen und gezirkelt in einem Schlepstock verpuppt ... eine Lebensfreude kriegt man vom Radeln! Gar nicht wieder umzubringen!“

Die Geschichte der Mobilität von Frauen zeigt das Ausmaß der Restriktionen, denen sie unterworfen waren, aber auch wie sehr es um Freiheit geht, Selbstbestimmtheit, Lebensfreude, Alltagserleichterung, Körperlichkeit und Körperbeherrschung, Technik- und Körperbeherrschung, Aktionsradius, unabhängige Fortbewegung, Zugang zu ökonomischen Möglichkeiten und anderes mehr. Im Rahmen einer gendergerechten Mobilitätswende dürfen diese Qualitäten von Mobilität nicht auf der Strecke bleiben.

### Auto: multifunktionales Vehikel

Untersuchungen mit Alleinerzieher\*innen zeigen, dass das Auto für viele ein äußerst erstrebenswertes „multifunktionales Vehikel“ darstellt. Dem Auto werden Eigenschaften zugeschrieben, die allein es möglich machen, die alltäglichen Mobilitäts Herausforderungen und besonders Krisensituationen zu bewältigen: jederzeit individuell verfügbar, Ziele nach eigener Route beliebig erreichbar, Kapazität für Personen- und Lastentransport, Schutz, selbst bestimmtes Tempo, etc. Aber auch bei anderen Familienformen oder bei alleinlebenden vielfältig tätigen Frauen hat das Auto den Charakter eines Ermöglichungsobjekts, gerade im ländlichen Raum. Sich ein Leben ohne Auto vorzustellen erleben viele Frauen als Freiheitseinschränkung, Beschneidung ihrer Lebensgestaltung und Verschärfung ihrer Alltagspflichten.

### Mit anderen unterwegs

Erst seit wenigen Jahren werden im Rahmen von Mobilitäts erhebungen auch die Bedürfnisse derer abgefragt, die für und mit anderen Menschen unterwegs sind – und das sind immer noch im hohen Ausmaß Frauen im Rahmen von bezahlten oder unbezahlten Sorgetätigkeiten. Durch diesen zusätz-

lichen Untersuchungsfokus zeigt sich, dass bei Personen, die mit Kindern, alten Menschen, Gruppen von Menschen mit Behinderungen unterwegs sind, die Wegeketten komplex, das Zeitmanagement eine große Herausforderung und Transportlasten ein großes Thema sind. Von den befragten Personen wird formuliert, dass man „immer etwas dabei“ habe! Laut dieser Studie muss eine an gleichberechtigten Mobilitätschancen ausgerichtete Verkehrspolitik folgendes gewährleisten: Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel; neue Verbindungen dort, wo sie für Frauen besonders wichtig sind; verbesserte Taktzeiten außerhalb der Hauptverkehrszeiten; verbesserte öffentliche Verkehrsangebote zu Zeiten und Orten, die für die Versorgungsarbeit und die Erwerbsarbeitspezifika von Frauen relevant sind; stufenlose Einstiege in Busse und Bahnen und Platz für das Unterwegssein mit mehreren, auch erwachsenen zu begleitenden Personen, Kinderwägen und Gepäck.

### Gendergerechte Mobilitätswende

„Fährt sie gut, fahren alle gut!“, formuliert die Verkehrsplanerin und Genderexpertin Bente Knoll. Frauen, so der Verkehrsclub Österreich (VCO), sind in ihrem Mobilitätsverhalten insgesamt

klimafreundlicher als Männer. In diesem erfreulichen Umstand kann aber auch eine Falle stecken, eine typische Frauenfalle. Nämlich: als unauffälliger Geschlechtergruppe wird auf die Bedürfnisse und die für Frauen wichtigen Qualitäten von Mobilität wieder einmal zu wenig geschaut.

Eine Lösung: Frauen geben die Wege vor und bei der Mobilitätswende selbstbewusst den Ton an!



#### BESINNING AM BERG

Wie in den vorigen Jahren veranstaltet die KABÖ auch heuer wieder vom 17. bis 21.6.2020 die Tage der „Besinnung am Berg“ in Obertilliach, Osttirol.

**Thema: „Heimat – wo bin ich daheim?“**

Näheres bei Fritz Krull [f.krull@kabsi.at](mailto:f.krull@kabsi.at)

## KABÖ zum Tag der „Santa Precaria“

In einer Presseaussendung vom 29. Februar 2020 beklagt die Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung Österreich die Zunahme atypischer Arbeitsverträge, Nachteile bei Aufstiegschancen durch häufigen Arbeitgeber\*innenwechsel und oft fehlende soziale Absicherung, die Armutsgefährdung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter nach sich ziehen. Die KAB fordert Maßnahmen, um ein selbstbestimmtes, nicht prekäres Leben zu ermöglichen. Den 29. Februar hat die KAB zum Tag der „Santa Precaria“, der Beschützerin aller prekär Beschäftigten erkoren.

Lydia Seemayer und Heinz Mittermayr von der KAB Oberösterreich im Freien Radio Freistadt zum Tag der „Santa Precaria“:

<https://www.dioezese-linz.at/site/menscharbeit/home/news/article/139683.html>





# Ein Stundenlohn für internationale Solidarität

## Der KAB-Solifonds feierte seinen 50. Geburtstag

In Linz hatte es 1979 angefangen: „Ein Stundenlohn im Monat für internationale Solidarität vom eigenen Gehalt herzugeben - das war die Motivation von engagierten KAB-lerinnen und KAB-lern in Linz bei der Gründung des Soli-Fonds vor 50 Jahren“, erinnerte Peter Grossauer, Vorsitzender des oberösterreichischen KAB-Solifonds bei der 50-Jahr-Feier des KAB-Fonds im vergangenen Oktober in Steyr. Noch im gleichen Jahr war die Katholische ArbeiterInnen-Jugend in das Projekt mit eingestiegen, und unmittelbar darauf hatte die KAB österreichweit die Idee übernommen: der KAB-Solifonds war geboren. Wie Josef Riegler, der aktuelle Vorsitzende des Solifonds der KABÖ, in seiner Dankesrede in Steyr erwähnte, war der bewährte Leitspruch von Joseph Cardijn, „Sehen, Urteilen, Handeln“, eine weitere Motivation, Menschen in Ländern des Südens tatkräftig zu unterstützen. VON: JOSEF RIEGLER

Ein Einblick in die Arbeit lieferte anlässlich der 50-Jahr-Feier Günter Mayer, Laienbruder der Salesianer und Leiter der Don Bosco Mission Austria aus erster Hand. Er war selbst 17 Jahre bei Projekten der Salesianer in mehreren westafrikanischen Ländern tätig. „Schulung und die Bereitstellung von Werkzeugen und Maschinen war und ist der wichtigste Schritt, um die Lebenssituation für die Jugend und die Menschen in diesen Ländern zu verbessern“, so Günter Mayer. Eine bewährte und nachhaltige Methode sei dabei immer die „Hilfe zur Selbsthilfe“ gewesen.

Der Solifonds der KAB-OÖ stellte im Rahmen der Feier einen Film und Fotos von unterstützten Projekten vor. Ein Foto zeigt, wie die Eigenständigkeit von Frauen in Indien, im Projekt Shambali, mittels Nähkurs und Übergabe einer persönlichen Nähmaschine gefördert wird - ein Beispiel von vielen weiteren.

Dies alles muss natürlich organisatorisch abgewickelt werden. Dazu gibt es jeweils beim Solifonds der KAB OÖ als auch der KABÖ ein Kuratorium, welches aus den eingehenden Ansuchen die entsprechenden Projekte aussucht. Wenn die Kriterien passen, wird über die Förderung abgestimmt. Ein Dankeschön an die vielen Mitarbeiter\*innen, die sich in den 50 Jahren dafür enga-



oben:  
Kuratoriumsmitglieder  
des Solifonds ...

rechts:  
... sowie Josef Riegler (links)  
und Peter Grossauer (rechts)

FOTOS: KAB

unten:  
Frauen in Indien:  
Selbstständig nach Förderungen  
durch den Solifonds

FOTO: PROJEKT SHAMBALI INDIEN





# Elektriker\*innen in Ghana

## Ein Solifonds-Projekt in Afrika

Der KAB-Solifonds unterstützte zuletzt das Don Bosco-Projekt einer Berufsschule in Ghana mit 2000,- Euro. Im Folgenden Auszüge aus dem Bericht des Direktors der Don Bosco Mission Austria über die Verwendung von Geldern.

VON: JOSEF RIEGLER

Das Projekt (Budget EUR 3.500,-) hat die Beschaffung von Werkzeugen und Geräten für das DBTI Ashaiman Short-Term Skills Training Program in Ghana realisiert. Die Unterstützung und Finanzierung kam zum richtigen Zeitpunkt, da sie wesentlich dazu beitrug, das kurzfristige Qualifizierungsprogramm zu verbessern. Das Programm bietet jungen Menschen mit Bildungsdefiziten die Möglichkeit, durch kompetenzbasiertes Training Qualifikationen für die Vermittlung am Arbeitsmarkt zu erwerben. Das Programm richtet sich insbesondere an eine große Anzahl von Schulabbrecher\*innen, die auf

den Straßen der Großstädte in Ghana betteln.

64 Männer und 24 Frauen haben am Programm teilgenommen. Die Verfügbarkeit der Werkzeuge und Geräte hat die Qualität der Ausbildung verbessert. Die Absolvent\*innen sind gut auf die Vermittlung in den Arbeitsmarkt und in die Selbständigkeit vorbereitet.

„Im Namen der Ausgebildeten danken wir Ihnen für Ihre immense Unterstützung und Ihren Beitrag zur Förderung junger Menschen“, so Bruder Günter Mayer, Projektkoordinator der Don Bosco Mission Austria.



Junge Menschen in Ausbildung

FOTO: DON BOSCO MISSION AUSTRIA

giert haben. Die Moderatorin holte die aktuellen Kuratoriumsmitglieder unter Applaus auf die Bühne.

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Organisationen wie Südwind, WeltHaus, Weltumspannend Arbeiten, Hans Klingler Stiftung, Don Bosco Mission Austria - um nur einige zu nennen - stellt ein wichtiges Bindeglied zwischen den Solifonds und den Projekten vor Ort dar. Ihnen gebührt großer Dank für ihren Beitrag.

Um einen Einblick in die erfolgreiche Arbeit der letzten 50 Jahre zu bekommen, wurde bei der Feier in Oberösterreich ein Quiz durchgeführt, in dem unter anderem statistische Daten abgefragt wurden. So etwa die Gesamtsumme an Förderungen, die die beiden Solidfonds während der vergangenen 50 Jahre zur Verfügung gestellt haben. Beim KABÖ-Solifonds waren

das 895.106 Euro, beim KAB-OÖ-Solifonds 562.438 Euro. Insgesamt sind das durchschnittlich pro Jahr 29.747 Euro. Unter Berücksichtigung der Inflation sind die genannten Summen nach heutigem Wert ungefähr zu verdoppeln. Der Kontinent mit den meisten geförderten Projekten ist Südamerika: 40% der gesamtösterreichischen und 28% der oberösterreichischen Mittel flossen und fließen in diese Richtung.

Josef Riegler in seiner Geburtstags-Rede: „Diese Leistungen können sich sehen lassen, und daher gilt ein großes Dankeschön allen Spender\*innen, die durch ihre finanzielle Unterstützung zu diesem schönen Erfolg beigetragen haben. Danke auch allen Männern und Frauen, die vor Ort die Projekte umsetzen und den Menschen Hoffnung geben, indem sie Wissen vermitteln und mitarbeiten. Diesen

Engagierten gebührt der größte Dank.“

Papst Franziskus spricht in seinen apostolischen Schreiben deutliche Worte über die Ursachen der wirtschaftlichen Krisen, globale Ungleichheit, Ausbeutung, Umweltsünden usw. Er spricht aber auch davon, welche Verantwortung unsere Generation hat, die Welt gerechter und nachhaltiger zu machen. Dies soll auch weiterhin Auftrag und Motivation für die Unterstützung von Projekten durch den KAB-Solifonds sein.

Zum Abschluss noch ein Zitat aus einem Lied des Ensembles Mira, welches die Feier wunderbar umrahmt hat: „Eine bessere Welt ist möglich! Eine bessere Welt ist nötig!“ Treffender kann man den Auftrag und Sinn für die Solifonds nicht beschreiben.

# Schöpfungsverantwortung leben

## Nicht nur reden, auch nachhaltig tun

Seit Jahren wird schon vom klimaschädlichen CO<sub>2</sub>- Ausstoß gesprochen – doch auch in Österreich sind trotz der Warnungen der Klimaexpert\*innen die Kohlendioxid-Werte kaum gesunken, sind wir von den angestrebten Klimaschutz-Zielen weit entfernt. Andererseits: Mit der notwendigen Abkehr von der fossilen Energie in Richtung erneuerbarer Energie sind massive Auswirkungen und Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft auch hierzulande zu erwarten, die auch Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt haben. Was tun, wenn – wie hierzulande schon angekündigt – Autoproduzenten wegen strengerer Umweltschutz-Auflagen ihre Produktion in andere Länder auslagern wollen? Und doch: je länger wir uns mit konkreten Maßnahmen gegen die schädlichen Auswirkungen unseres schadstofflastigen Lebensstils und unseres Konsumverhaltens Zeit lassen, desto massiver werden wir alle den Klimaandel zu spüren bekommen. Eine Nachlese zur diesjährigen Studientagung der KAB Steiermark, bei der auch der Vorstand neu gewählt wurde. **VON: JOHANNES LABNER**

**W**ie können Ökologie, die Sorge um unsere Lebenswelt, mit der Ökonomie, dem wirtschaftlichen Tun, in Zukunft so in Übereinstimmung gebracht werden, dass auch kommende Generationen noch eine lebenswerte Welt vorfinden? Welche Verantwortung kommt da auch den Christen\*innen in dieser Herausforderung zu? Was hat dazu die katholische Soziallehre zu sagen, nachdem sich schon Papst Franziskus mit seiner Umwelt-Enzyklika „Laudato Si“ so herausfordernd zu Wort gemeldet hat? Mit diesen aktuellen Fragen befasste sich Mitte Jänner in der Otto-Möbes-Akademie der Arbeiterkammer Steiermark der

diesjährige Studientag der Katholische Arbeitnehmer\*innen Bewegung Steiermark. Als Referenten hatte die KAB den langjährigen Leiter des Instituts für Ethik und Soziallehre, em. Universitätsprofessor Leopold Neuhold eingeladen, der aus der Sicht der katholischen Soziallehre das Zeitgeschehen in pointierter Weise kommentierte.

### Das Problem ist nicht Mangel, sondern ein Zuviel

Ausgangspunkt für seine zeitkritischen Anmerkungen war die Bibelstelle „Macht Euch die Erde untertan“ (Gen 1,28) die von vielen Bibelkritiker\*innen fälschlicherweise als Ausbeutungs-Ermutigung aufgefasst werde. Dabei handle es sich nicht um einen Herrschafts-Auftrag, sondern vielmehr „um einen Auftrag zur Verantwortung, zur Hege und Pflege“, um auch die Natur einer „von Gott gewollten Vollendung zuzuführen“. In einer Zeit der Materialisierung und Monetarisierung verstehe man heute oft nicht mehr die Sprache der Natur – so sei es mehr als problematisch, „wenn heute das Geld zum Ziel“ werde. „Unser Problem ist nicht der Mangel - obwohl es mehr Arme gibt als wir glauben - sondern oft das Zuviel“ so der Sozialethiker, der dazu ermutigte, den Verzicht auch als

Chance zu sehen, „die Sprache der Natur wieder besser zu verstehen“. Im Bemühen um einen guten Ausgleich zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen sei im Sinne einer ökosozialen Marktwirtschaft die soziale Komponente eine wesentliche Säule, die – so Neuhold – die Katholische Arbeitnehmerbewegung im Auge haben sollte.

### Johannes Labner verabschiedet sich als KAB-Vorsitzender

Die Sorge, den Menschen - auch in der Arbeitswelt – im Mittelpunkt zu sehen, kam auch im Jahresrückblick durch den, nach drei Wahlperioden von diesem Ehrenamt ausscheidenden KAB-Vorsitzenden Johannes Labner zum Ausdruck, der auf die Aktivitäten zum „Welttag der menschenwürdigen Arbeit“ ebenso verwies wie auf Diskussionsveranstaltungen zur Europa- und Demokratie-Verantwortung, die in Kooperation und Vernetzung mit ähnlich denkenden Gruppen im vergangenen Jahr erfolgreich durchgeführt werden konnten. Die aktuelle Klima-Debatte war in der von der KAB initiierten Veranstaltungsreihe „Sonntags-Begegnung“ Anlass für ein Gespräch mit dem Grazer Klima-Forscher Gottfried Kirchengast. Ein andere Sonntags-Begegnung fand zur kirchen-interne Debatte



Neuer Vorstand der KAB Steiermark. Bei der Studientagung ging die KAB Steiermark der Frage nach, was die Kath. Soziallehre zu aktuellen ökologischen und ökonomischen Herausforderungen sagt. **FOTO: KAB STEIERMARK**



## Die neue KAB-Vorsitzende Michaela Penz stellt sich vor

Mein Name ist Michaela Penz, und ich wurde Mitte Jänner 2020 zur neuen Vorsitzenden der KAB Steiermark gewählt.

Ich arbeite als diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerin (DGKP) in einem Grazer Krankenhaus.

In den letzten Jahren haben enorme gesellschaftliche Veränderungen stattgefunden, die sich auf die Arbeitsbedingungen von heute auswirken. Anerkannte Wissenschaftler\*innen weisen in ihren Vorträgen auf diese Veränderungen hin. Es müssen in immer kürzeren Abständen immer schneller Waren etc. produziert, verkauft und wieder neu produziert werden. Der Zeitdruck steigt, und der wertschätzende Umgang mit den Arbeitnehmer\*innen nimmt ab. Durch die zunehmende Digitalisierung gibt es Verlierer\*innen am Arbeitsmarkt. Langzeitarbeitslose haben es immer schwerer, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Es ist bekannt, dass etwas dagegen unternommen werden muss, Politik und Gesellschaft sind gefordert. Nach Joseph Cardijn entstand eine Methode, die sich auch in der heutigen Zeit in der Praxis umsetzen lassen würde.

**Sehen:** Wir nehmen den Menschen in der Arbeitswelt im Spannungsfeld von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen wahr.

**Urteilen:** Wir sensibilisieren in Fragen der Gerechtigkeit, Menschenwürde und Solidarität.

**Handeln:** Wir engagieren uns für eine menschengerechte und solidarische Gesellschaft und Arbeitswelt.

**Feiern:** Dieser Schritt wurde von der Katholischen Arbeiter\*innen-Jugend in den 70er Jahren hinzugefügt. Jedes Projekt soll gut geplant und durchgeführt werden sowie zur Bewusstseinsbildung führen. Mit dem neu gewählten Vorstand werden Ideen gesammelt, um anschließend Projekte umzusetzen. Wir werden Sie/ Euch im kommenden Jahr darüber informieren. Auf eine gute Zusammenarbeit und persönliches Kennenlernen freut sich

Michaela Penz

um sexuellen und „geistlichen Missbrauch“ statt. Zukunftsweisend war die Einladung von Jugendvertreter\*innen mit Aussagen über ihre Reformvorstellungen in Kirche und Gesellschaft. Angesichts der anstehenden Herausforderungen wird wohl auch für die Katholische Aktion noch mehr Nachhaltigkeit und Vernetzung im Bemühen um eine menschen- und umweltgerechte Zukunft notwendig sein.

### Diözesanbischof bestätigt neu gewählten Vorstand

Bei der abschließenden Neuwahl des Vorstandes der KAB Steiermark wurde die 48jährige, als DGKP berufstätige Grazerin Michaela Penz zur neuen

KAB-Diözesanvorsitzenden der Katholischen ArbeiterInnen Bewegung Steiermark gewählt. In dieser ehrenamtlichen Aufgabe zur Seite stehen ihr als weitere gewählte Vorstandsmitglieder Wolfgang Frisch, Martin Hohegger, Johannes Labner, Arno Niesner, Sandra Puschnig, Georg Salvenmoser sowie von Amts wegen KAB-Seelsorger KonR Alois Strohmaier und KA-Bewegungs-Koordinator Franz Windisch – ein Leitungsteam, das – wie die Leiterin des Ordinariats-Ressorts „Seelsorge & Gesellschaft“, Anna Hollwöger, in ihren Dankesworten an die scheidenden Vorstandsmitglieder zum Ausdruck brachte – auch umgehend vom Diözesanbischof bestätigt und beauftragt wurde.

## IMPRESSUM

**Medieninhaberin (Verlegerin):**

Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich,  
1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6

**Herausgeberin:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich,  
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien;  
0664/6217198,

kab.office@kaoe.at

**Geschäftsführerin:**

Mag.<sup>a</sup> Gabriele Kienesberger

**Chefredakteurin:**

Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Ohnemus

**Redaktionsteam:**

Mag.<sup>a</sup> Gabriele Kienesberger, Philipp Kuhlmann, Mag.<sup>a</sup> Anna Wall-Strasser

**Verwaltung/Anzeigen:**

Mag.<sup>a</sup> Gabriele Kienesberger

**Layout:** Karin Weiß, weisskarin@gmx.at

**Hersteller und Expedit:**

Druckerei Wograndl/Mattersburg,  
Verlagsort Mattersburg

**Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW

IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

**Hinweis:** Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen? [Informationen über Anzeigengrößen und -preise erhalten Sie im Büro der KABÖ.](#)

## OFFENLEGUNG

Offenlegung im Sinne des § 25 des Bundesgesetzes über die Presse und andere publizistische Medien (BGBl. Nr.314/1981)

**Medieninhaberin (Verlegerin):**

Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien,  
Spiegelgasse 3/2/6

**Geschäftsführung:** Mag.<sup>a</sup> Gabriele Kienesberger

**Vorstand:** Mag. Heinz Mittermayr,  
Monika Schwarz

**Grundlegende Richtlinien des Mediums:**

Religiöse, soziale und kulturelle Information von ArbeitnehmerInnen

**Mitteilung der Redaktion:**

Um die Realität geschlechtlicher Vielfalt sprachlich sichtbar zu machen, gendern wir ab dieser Ausgabe mit Sternchen\*. Der typografische Stern soll zum Ausdruck bringen, dass sowohl männliche und weibliche wie auch nichtbinäre Geschlechtsidentitäten, also Divers und Drittes Geschlecht einbezogen sind.

## BUCH-TIPP

---



Schönauer, Annika / Schindler, Saskja / Papouschek, Ulrike / Flecker, Jörg / Altreiter, Carina:

### **Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft**

Promedia, 2019  
ISBN 978-3-85371-460-7  
200 Seiten  
Preis: € 17,90

Die Autor\*innen des Bandes beschäftigen sich mit dem Wandel und der Komplexität von Solidaritätsvorstellungen. Lange Zeit war Solidarität eine Grundfeste der Arbeiter\*innenbewegung und der politischen Linken. Ihr Begriff von Solidarität beruhte nicht auf Herkunft oder Nation, sondern auf Klasse. Seit kurzem beschwören aber auch rechte und rechtsextreme Parteien Solidarität. In ihrer Vorstellung geht es darum, die einheimische Bevölkerung vor vermeintlichen Bedrohungen von außen zu schützen.

Die im Buch ausgewerteten Gespräche zeigen, wie stark differierende Blickweisen auf die Welt zustande kommen, die oftmals als Ausdruck gesellschaftlicher Spaltungen gedeutet werden. Dabei lassen sich verschiedenartige Muster feststellen, was Motive für Solidarität anlangt, aber auch wo die Grenzen der Bereitschaft zur Unterstützung gezogen und welche Bedingungen daran geknüpft werden. Jenseits des vereinfachenden Bildes der Spaltung plädiert das Buch für ein differenziertes Verhältnis von Trennlinien in der Gegenwartsgesellschaft.



Hans Gruber  
**Beinahe lebenslanglich.  
50 Jahre „Häfenpfarrer“**

Wagner Verlag, 2020  
ISBN 978-3-903040-43-4  
252 Seiten  
Preis: € 23,-

Ein Priester, der 50 Jahre in der Gefangenenseelsorge tätig ist, kann eine Menge erzählen: Hans Gruber, auch langjähriger geistlicher Assistent der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung Österreichs, erzählt hier. Erlebnisse füllen denn auch einen großen Teil des Buches. Aber es geht um mehr: um die Geschichte der Seelsorge, um die Geschichte der Freiheitsstrafe und um die Frage, wie man „kriminell“ wird. Rückschau ist mehr als sich „erinnern“, sie ist auch Reflexion.

Seelsorge ist kein fester Pflock im Kirchengebäude. Sie verändert sich mit der gesellschaftlichen Entwicklung.

Ein unermüdlicher Mahner der seelsorglichen Beweglichkeit ist der gegenwärtige Papst Franziskus. In einem Rundschreiben verlangt er, dass die Kirche „den Geruch der Schafe haben soll“. Dieser Geruch steigt beim Lesen dieses Buches in die Nase.

## **Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:**

**Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben**

### **per Post:**

senden Sie Name und Bezugsadresse an:  
ZeitZeichen, KABÖ,  
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

### **oder per E-Mail:**

kab.office@kaoe.at

Österreichische Post AG  
MZ 02Z031417 M  
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich  
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien